

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michu.

27. Jahrgang, Wien, Montag, den 19. Dezember 1921.

Die Weihnachtsferien. Nach einer Mitteilung des Bezirksschulrates dauern die diesjährigen Weihnachtsferien an den Volks- und Bürgerschulen vom 24. Dezember bis einschliesslich 2. Jänner.

Lehrerhausverein. Wiener Lehrerkinder (nur Mädchen) im Alter von 6 bis 14 Jahren nach Holland, eventuelle Abreise im Jänner. Vormerkungen in der Vereinskasse! - Lichtbildervortrag: Reise um die Erde (Eigenaufnahmen des Vortragenden Herrn Alfred Hoffmann), 4. Jänner, 7 Uhr abends Festsaal. Sitz-Anweisungen in der Kanzlei.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1921.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Dr. Georg Deri in New-York für die notleidenden Kinder Wiens 2.060.000 K.

Die Kinder Pera's zugunsten der darbenenden und kranken Kinder Wiens und anderer Orte Oesterreichs abersmal 100.000 Mark.

Isacher Burstyn, III., für die Universität 10.000 K.

Nils Gustavson, Göteborg, für die hungernden Kinder Wiens 6.240 K.

W. Schlichtgroll, Kopenhagen, für arme Kinder Wiens 2.570 K.

Die Firma Julius und Josef Herrman, XIII., für Arme des XIII. Bezirkes 2000 K.

Gustav Blau, Reichenberg, für die Armen Wiens, 500 K.

Ein ungenannter Spender aus München für Notleidende Wiens 400 K.

Anna Mrkwicka, XVII., für Hilfsbedürftige Wiens 222 K.

Die Firma Gebüder Guttman, Wien, für bedürftige Einwohner 300 Meterzentner Hausbrandkohle.

Der Bürgermeister erklärt die Geschäftsstücke 1 - 12 als angenommen.

Finanzreferent StR Preitner leitet die Generaldebatte über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Wien und ihrer Fonds, Anstalten und Betriebe für das Verwaltungsjahr 1922 und zugleich die Spezialdebatte über das Kapitel Finanzwesen mit folgendem Referate ein:

An der Spitze meiner Darlegungen über das Budget für das nächste Verwaltungsjahr will ich auch diesmal die Bewertung der Krone im Ausland stellen, weil davon unser ganzes Wirtschaftsleben bestimmt wird. Hundert Kronen haben gegenwärtig die Zahlungskraft von zehn schweizerischen Centimes. Als ich vor einem halben Jahr bei der gleichen Gelegenheit die Feststellung machte, daß der Kurs 86 Centimes betrage, ging tiefe Bewegung durch den Saal. Im Verlauf eines halben Jahres hat unsere Währung von dieser Geltung mehr als $\frac{7}{8}$ eingestürzt. Die Russifizierung des österreichischen Geldwesens hat rasende Fortschritte gemacht. Die Bewegung vollzieht sich nach den Gesetzen des Falles mit wachsender Geschwindigkeit und die Zerstörungen der letzten Wochen und Tage sind atemraubend. Ein Fortschreiten im gleichen Tempo muss uns nach kurzer Frist dem Nullpunkt in verhängnisvollster Weise nahebringen. Das schreckliche der Entwicklung wird am besten durch die Tatsache charakterisiert, dass die 86 Centimes heute als ein ganz unerreichbarer Höhepunkt erscheinen, dessen rasche Erklümmung wir nicht einmal mehr erwünschen dürfen.

Die Gemeinde hat nicht mehr die Macht ^{mittel}, in diese Zustände bestimmend einzugreifen. Sie muss sich auf beschränken, sich den unausgesetzten Veränderungen und Verschlechterungen rasch anzupassen, alles aufzubieten, dass hier nicht zuerst der in seinen Folgen unausdenkbare Zusammenbruch beginnt. Alles was sich in der Gemeinde an Tarifregulierung, Steuererhöhungen vollzieht, ist nichts als die Reflexwirkung des Sinkens der Krone. Solange wir gezwungen sind, die zur Beschaffung der Kohle und aller sonstigen Bedarfsartikel notwendige fremde Valuta im Wettbewerbe mit jenen Personen einzukaufen, die Champagner, Diamanten, Straußfedern, kostbares Pelzwerk importieren oder einfach nur die ausländischen Zahlungsmittel namstern, kann eine Besserung nicht eintreten. Wenn in den letzten Tagen der Belagerung von Przemysl die fereil Bewirtschaftung der Lebensmittel eingeführt worden wäre, hätte man dies als einen Ausdruck des Hungerwahnsinns erachtet. Die so schlechte Valuta hat für Oesterreich die Wirkung des Belagerungszustandes. Der einzige Vorteil, den wir vor einer eingeschlossenen Festung voraus haben, ist die Möglichkeit, durch Gold- und Geldwerte die Einfuhr von Lebensmitteln zu erlangen. Während im Krüge 50jährige Männer und 17 jährige Kinder für die Schützengräben angefordert wurden, schreckt die Regierung jetzt vor der Anforderung der Devisen, des Goldes und der Edelmetalle zurück, in der sonderbaren Annahme, daß die Bevölkerung gottergeben verhungern wird. Die bedauerlichen Vorfälle des 1. Dezember haben gezeigt, daß die Nerven zum Zerreißen angespannt sind. Solche Ereignisse am Beginne eines Winters sind Sturzzeichen, die gering zu achten, eine ungeheure Gefahr bedeutet. Dabei haben wir bisher noch immer Exportmöglichkeiten und daher einen geringen Stand der Arbeitslosigkeit. Wenn sich einmal unsere Produktion auf die Preise des Weltmarktes für Brot und Fett aufbauen wird, die ja nur Symbole für die Anpassung bezüglich aller anderen Artikel sind, dann gehen wir der kritischsten Periode entgegen.

Dieser tiefe Eingriff in das gesamte Wirtschaftsleben ist bezüglich seiner finanziellen Auswirkung im Voranschlag in keiner Weise berücksichtigt. Die Steuern sind nach den letzten Ergebnissen eingestellt, also dem Zustande der Vollbeschäftigung und günstigen Konjunktur. Die Ausgaben sind auf Grund des Monats November präliminiert. Nichts leichter, als an diesen Ziffern Kritik zu üben, ihre Richtigkeit zu bezweifeln oder sogar die Unrichtigkeit nachzuweisen. In Zeiten, in denen die Kaufkraft des Geldes unausgesetzt förmlich zerfließt konnte nichts anderes geboten werden, als irgend ein Augenblicksbild, wie etwa bei einer Kinop Aufnahme, bei der just für ein Paar Sekunden die Bewegung des Films abgestellt wird. Zur Charakterisierung dessen sei folgendes mitgeteilt:

Als die ersten Beratungen im Magistrat vor dem Abschluss standen - es war dies Ende Oktober - betragen die Personalausgaben rund 6 Milliarden Kronen. Die Beschlüsse des Nationalrates bezüglich der Auszahlung im November brachten eine Erhöhung auf rund 12 Milliarden Kronen. Wir haben durch starke Streichungen eine Anzahl von Steuererhöhungen, rascher Formung der Ineratenabgabe, schliesslich durch Abmachungen mit dem Herrn Finanzminister wegen der Bankumsatzsteuer der neuen Lage Rechnung getragen. Die für den Monat Dezember an das Personal gelebete Zahlungen erhöhen den Jahresaufwand auf 24 Milliarden Kronen. Unter solchen Verhältnissen einen Wirtschaftsplän für ein volles Jahr aufzustellen, ist einfach unmöglich. Dem gegenüber ist es ja auch ganz nebensächlich, ob etwa bei den Einnahmen aus der Fürsorgeabgabe, wie dies die Minderheit behauptet, vier statt drei Milliarden richtig sind.

Die Gemeinde ist bisher aufrecht geblieben. Es ist unter harten
strennungen immer wieder gelungen, die notwendigen Milliarden herbei-
zuschaffen und insbesondere eine Störung im Betriebe der großen Humanitäts-
anstalten zu vermeiden, von deren Aufrechterhaltung die soziale
Ordnung in Wien im höchsten Maße abhängt. Nach wie vor steht das Budget
im Zeichen ~~der~~ außerordentlichster Sparsamkeit. In dieser Beziehung sind
aber doch Erfolge zu verzeichnen, die als ein Lichtblick gelten dürfen.
Die seit Mai 1919 verfügte und nur für wenige Ausnahmefälle besonderer
Art durchbrochene Anstellungssperre hat ohne alle Schädigungen von Exi-
stenzen lediglich durch die natürlichen Abgänge eine erhebliche Vermin-
derung des Personals bewirkt. Am stärksten tritt dies bei den Anstel-
ten in Erscheinung, die gegenüber dem Stand vom Juli 1920 mit einem
um nahezu 25% kleinerem Personal klaglos geführt werden. Für die ge-
samt Gemeindevverwaltung stehen sechs Personenautomobile in Benutzung,
gegenüber 19 vor zweieinhalb Jahren. Auch sonst muß gespart werden. Es
ist eben nicht möglich, die Strassen so zu beleuchten, zu säubern und
zu erhalten, wie vor ~~dem~~ der ~~Krieg~~ der ~~letzten~~ letzten ~~Wintern~~ Wintern bringt der nächste
Voranschlag ~~noch~~ schon dem Beginn eines systematischen Wiederaufbaues.
Wir gehen daran, die Strassen allmählich instand zu setzen und es sol-
len in den nächsten 12 Monaten für diesen Zweck 516 Millionen verausgabt
werden. Auch eine Reihe von Amtsgebäuden, die am Ärgsten aussehen wird
gründlich renoviert. Eine Fülle von Wünschen muß allerdings noch auf
die Erfüllung warten. Dafür wird auf einer Anzahl von Gebieten über-
haupt die Friedensleistung vollbracht, ohne daß die Bevölkerung dies
eigentlich beachtet, als ob dies wirklich nach einem verlorenen Krieg
mit so grauenvollen Wirtschaftsfolgen ganz selbstverständlich wäre. So
funktionierte beispielsweise der Feuerlöschdienst mit derselben Verläss-
lichkeit wie jemals, ~~weil eben die~~ weil eben die ~~gewöhnlichen~~ gewöhnlichen ~~und~~ und ~~erforderlichen~~ erforderlichen Erfor-
dernisse ohne Rücksicht auf die Kosten beigelegt werden, die sich be-
reits im November auf nahezu 900 Millionen Kronen belaufen haben.

Gegen die Steuerdefraudanten.
.....

In ungemein schärflicher Weise wendet sich Stadtrat Breitner
gegen jene Industriellen, Kaufleute und Gewerbetreibenden, die
es mit ihrer Steuerpflicht leicht nehmen. An und für sich könne
ohne weiteres zugegeben werden, daß die Abgaben drückend sind und
vielfach bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gehen. Das ist
eben die unvermeidliche Folge des Krieges. Würden wir es unter-
lassen, diesen Steuerdruck selbst auszuüben, so ist es wahrschein-
lich, daß man ihn von ~~den~~ den ~~auswärts~~ auswärts und zu noch ganz anderen Verwen-
dungszwecken ~~was~~ was aufzwingt. Vielleicht wäre es aber doch möglich,
da oder dort mit geringeren Sätzen das Auslangen zu finden, wenn
nicht die Steuermoral einen unerhörten Tiefstand aufweisen würde.
Es wird vielfach förmlich als eine Art gutes Recht angesehen, die
öffentlichen Körperschaften um die Steuern zu betrügen. Was die
Gemeinde Wien anlangt, werde dafür gesorgt werden, daß die betref-
fenden Personen eine bittere Enttäuschung erleiden. Geradezu skan-
dalös sei das Verhalten weiter Kreise der Kaufmannschaft gelegent-
lich der Luxuswarenabgabe. Hier handelt es sich gewiß nicht um
eine unerträgliche Steuer. Es gibt heute bei Luxuswaren keine

Kalkulation auf ein paar Prozente. Die Ueberwälzung auf den zu-
meist ausländischen Käufer hat sich bisher vollkommen glatt voll-
zogen. Dennoch hat der größte Teil der Abgabepflichtigen sich bis-
her überhaupt nicht gemeldet, während nach den Ergebnissen von ein-
paar hundert Revisionen gesagt werden muß, daß die richtigen Fällig-
keiten die Seltenheit bilden, dagegen die plumpsten und raffinter-
testen Betrugsversuche die Regel darstellen. Glücklicherweise
bietet ~~gerade~~ dieser ~~Satz~~ Satz die Handhabe zu scharfen Maßnahmen. Im
Wiederholungsfalle kann mit Gewerbeentziehung und Freiheitsstrafe
vorgegangen werden. Wenn sich die Kaufmannschaft nicht sehr rasch
zu einer anderen Praxis bekennt, so werden in den nächsten Monaten
die Chefs der sogenannten angesehensten Häuser Gelegenheit erhalten
mit dem Arrest Bekanntschaft zu schließen.

Der Finanzreferent bespricht sodann in eingehender Weise die
herausstreichendsten Ausgaben- und Einnahmegruppen des Voranschlages,
insbesondere die großen produktiven Investitionen bei den Unter-
nehmungen, die drückenden Lasten aus den Valutaschulden der Vor-
kriegszeit, die Beiträge ~~des~~ des ~~Bundes~~ Bundes zu den Personalausgaben Wiens,
die bevorstehende Trennung Wiens von Niederösterreich
und bemerkt zum Schlusse: Der Gemeinderat geht unter sehr ernsten
Verhältnissen und einer Fülle von Sorgen an die Beratung des nächst-
jährigen Wirtschaftsplanes. Zu rosenrotem Optimismus ist ein greif-
barer Anlaß nicht vorhanden. Zur Verzweiflung ebensowenig. Das wür-
de uns auch gar nichts nützen. Die Verwaltung hat einfach ihre so
schwere Pflicht zu erfüllen, deren Bewältigung bis nun gelungen ist
und der sie auch in Zukunft ihre ganze Kraft widmen wird. Alle bis-
herigen Krisen sind überwunden ~~worden~~ worden. Der Verwaltungsapparat der
Gemeinde ist intakt, die Zahl der hingebungsvollsten Mitarbeiter
aus dem Kreise der Angestellten nimmt ~~nausgesetzt~~ nausgesetzt zu. Der in den
großen städtischen Monopolen verkörperte Produktionsapparat funk-
tioniert vollkommen, die zur Aufrechterhaltung der Humanitätsanstal-
ten erforderlichen Milliarden konnten noch immer beschafft werden.
Der ~~Ausbau~~ Ausbau der Wasserkräfte ist in die Wege geleitet worden. Die
Konstituierung der „Weg“ wird in den allernächsten Tagen erfolgen.
Die Vergebung der drei Bauleise der Ybbstalwerke ist bereits vollzogen,
die Bohrmaschinen sind im Anrollen und noch im Dezember dürfte der er-
ste Sprengschuß zum Haupttollpaß abgegeben werden.

All dies rechtfertigt ein Stück Zuversicht. Aber auch Industrie,
Gewerbe und Handel machen die größten Anstrengungen, sich zu be-
haupten und auch ihnen ist es bisher möglich gewesen, die so ge-
fürchtete Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Bedeutung Wiens als
Handelszentrum tritt von Tag zu Tag stärker in Erscheinung. Die
Zehntausende von hochqualifizierten, willigen Arbeitern und Ange-
stellten, die sehr geschickte ~~anpassungsfähige~~ anpassungsfähige, auf die Pflege der
für uns lebensentscheidenden Ausrühr bedachten Industrie, das un-
bestreitbar tüchtige Gewerbe, der für Wien vom Standpunkt des
Transitverkehrs wichtige und sehr rührige Handel, das sind neben der
unvergänglichen Bedeutung und starken Anziehungskraft Wiens als ur-
altes Kulturzentrum die großen Aktiven, die wir noch immer besitzen.
Sie werden uns auch die Ueberwindung ^{dieser} ~~der~~ dieser schwersten Zeiten ermöglichen
(Lebhafter Beifall).

Weihnachtsbescherung für 800 Kriegerwaisen. Morgen Dienstag Nachmittags 5 Uhr findet im Kleinen Redoutensaal der Hofburg eine von Frau Alice Baumgartner veranstaltete Weihnachtsbescherung von 800 Kriegerwaisen mit vollständiger Winterausrüstung statt.

+ + +

Um Aufnahme vorstehender Notiz ersucht höflichst und mit bestem Dank
L. Basch.

Dr. Kienböck (Chr. Soz.) Der Herr Referent hat seine heutigen Ausführungen, welche im allgemeinen im Vergleich zu den Ausführungen im letzten Sommer auf einen etwas tieferen Ton bestimmt waren, eingeleitet mit einem Hinweis auf die Entwertung unserer Valuta. Er hat in Anspielungen angedeutet, als ob die Regierung des Bundes daran Schuld wäre, weil sie nicht jene Politik befolgt, welche der Partei der Mehrheit genehm ist. Er hat aber bei diesem Anlasse ein charakteristisches Wort fallen lassen, er hat nämlich gesagt, daß unsere Valuta der Russifizierung nahe ist. Dieser Hinweis beweist, daß die Leiden unserer Volkswirtschaft, die gewiß sehr tief sind und deren baldige Heilung wir alle wünschen müssen, daß diese Leiden nicht zu heilen sind durch die Anwendung derjenigen Rezepte, die eigentlich Ihrem Programme zugrundeliegen. Ich brauche nur das Wort Russifizierung zu sagen. Wohin man mit Ihrem Rezept kommt, das sieht man ja an Rußland. Es ist gar kein Zweifel, daß der Umstand, daß unser österreichisches Geld sich immer mehr entwertet, dazu führt, daß ein Budget nicht jene Bedeutung haben kann wie in normalen Zeiten. Wir machen dem Herrn Referenten keinen Vorwurf. Es sollen die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben so angesetzt werden, wie sie den jetzigen Verhältnissen entsprechen. Daß das nur ein Bild von vorübergehendem Werte ist, darüber besteht kein Zweifel. Trotzdem ist die Budgetaufstellung und -Beratung geeigneter Anlaß, um eine Gewissensforschung der Gemeinde vorzunehmen. Der Herr Referent hat bereits auf einige Punkte hingewiesen, die das Budget charakterisieren. Ich möchte nach der Richtung ein klein wenig ergänzen. Von den außerordentlichen Ausgaben, die hier vorgesehen sind, von 27 Milliarden werden beiläufig 14 Milliarden durch Ueberweisungen und Zuweisungen des Bundes aus der Bundeskassa gedeckt, denn man muß auch jenen Teil hinzurechnen, den Sie aus dem Bankumsatzgesetz erwarten. Es ist also, wenn wir die ordentliche Gebarung annehmen, mehr als die Hälfte durch Gelder von dem Bunde zu erwarten. Wir müssen trachten dahin zu gelangen, daß die Gemeinde ordentliche Ausgaben nur durch solche Einnahmen deckt, die sie ohne Inanspruchnahme der Notenpresse erlangen kann. Das jetzige Budget unterscheidet sich von dem des letzten Halbjahres vorteilhaft dadurch, daß eine gedruckte Uebersicht vorliegt und daß in einigen Punkten lehrreiche Zusammenstellungen beigegeben werden, wobei angegeben werden muß, daß diese auf manchem Gebiete, insbesondere bei den städtischen Unternehmungen, absolut unzureichend sind. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse, etwas über die Verwaltung der Bundeshauptstadt zu erfahren. Wenn man nun dieses Budget dem früheren gegenüberhält, wird sich folgendes Bild zeigen: In Bezug auf die Einnahmequellen sind wesentliche Verschiebungen erfolgt. Ich will nicht die Ungerechtigkeit begehen, von der jetzigen Gemeindeverwaltung zu verlangen, was die Gemeindeverwaltung im Jahre 1913 leisten konnte. Damals hat die Gemeinde Wien ihre Ausgaben gedeckt, einerseits aus Zuschlägen zu den Staatssteuern, andererseits aus dem Mehrertragnis der städtischen Unternehmungen, das sehr stattlich war, obwohl die Tarife dem Publikum sehr entgegenkamen. Heute sehen wir, daß die Unternehmungen sich allerdings im wesentlichen selbst erhalten aber eine Ausgestaltung ist leider nicht zu bemerken. Die Tätigkeit der Gemeinde für die öffentliche Wohlfahrt weist eine nennenswerte Mehrleistung nicht auf.

Sodann bespricht der Redner die einzelnen Verwaltungsgruppen und sagt zu Gruppe IV, Wohnungswesen: Gerade die Verwaltung des Wohnungswesens gibt Anlaß zu Bemerkungen. Was hinsichtlich der Technik dieser Verwaltungsgruppe an Erfahrung gesammelt wurde, ist außerordentlich lehrreich. Wir sind auf dieser Seite des Hauses aufrichtige Anhänger einer demokratischen Verwaltung und schäme es gerne, wenn Fortschritte auf diesem Gebiete erzielt werden. Wir sagen allerdings, daß die demokratische Verwaltung sich schrittweise ausgestalten muß, während auf Ihrer Seite wiederholt Vorstöße gemacht wurden, von der Ansicht ausgehend, daß es genügt irgendeine Verordnung zuzuschaffen. Wir sehen auf dem Gebiete der Wohnungsverwaltung, daß die Schritte, die da gemacht wurden, indem man die Wohnungsverwaltung allzusehr den kleinen Gruppen von Bezirksfunktionären übergab, zu vollen Mißerfolgen führten. Die Ausbalanzierung zwischen den verschiedenen Verwaltungsressorts, die Lösung der Frage, welche von den Verwaltungsgruppen sich mehr zur Geltung bringe, hängt von der Energie der amtsführenden Stadträte ab. Nun bringt es der Zufall mit sich, daß in dieser Gemeinde die fiskalische Gewalt des Herrn Finanzreferenten und die Tarifpolitik am meisten durchbringt. Im übrigen verdorrt die Verwaltung.

Die 6. Gruppe ist im wesentlichen die der Beheizung. Wir haben eigentlich eine eigene Verwaltungsstelle, die sich fast nur darauf beschränkt, die städtischen Amtsgebäude und Schulen mit Heizmaterial zu versorgen.

In diesem Budget fehlen gewisse Dinge. Der Herr Referent hat unter den Aktiven hingewiesen auf eine leistungsfähige Industrie und auf ein tüchtiges Gewerbe. Das hat mich sehr gefreut. Ein Zeichen, daß Sie einsehen, wie wichtig für die Volkswirtschaft diese Gruppen sind. Wir haben aber eines nicht wahrgenommen, nämlich den Hinweis auf das alte Kulturgut der Kunst und den Hinweis auf den Hochstand der Wissenschaft in unserer Stadt. Darüber findet man in dem Budget gar nichts. Man muß den Eindruck erhalten, daß die Gemeindeverwaltung kein besonderes Gewicht auf die Förderung dieser Kulturgüter legt. Es ist ein Mangel, daß wir in der Mitwirkung auf diesen Gebieten so ganz versagen. Ich habe vor einem halben Jahre einen Antrag gestellt in dieser Richtung, es wurde eine Kommission geschaffen, die eingeschlafen ist. Ich möchte an den Herrn Bürgermeister appellieren, daß er das Versäumnis, das sich die Gemeinde zuschulden kommen ließ, nachzuholen beginnt. Noch etwas fehlt und zwar die Ausgaben für den Krankenanstaltsfond. Das ist ein heikles Kapitel, aber es geht nicht an, daß die Gemeinde darüber vollständig die Augen schließt.

Ich werde mich der Aufgabe enthalten, im einzelnen zu prüfen, ob die Ansätze der Posten gerechtfertigt sind oder Verbesserungen erfahren sollten.

Der Referent hat auch erwähnt, daß die Steuermoral sehr schlecht geworden ist und er hat seine Faust geballt und den säumigen Zahlern Arreststrafen angekündigt. (Rufe bei der Mehrheit: Sehr richtig!) Sehr richtig ist die Erwägung, daß man die Steuer so machen muß, daß sie einfließen kann. Wenn man aber Abgaben macht, die über die wirtschaftlichen Verhältnisse hinweggehen, dann kommen eben die trüben Erfahrungen. Ein Beispiel schlechter Steuererhebung ist die Wertzuwachsabgabe von Liegenschaften, deren Ansätze zu hoch sind. Daraus folgte, daß sich weite Kreise des abgabepflichtigen Publikums gegen die Steuerleistung ablehnend verhalten. Die Technik der Abgabe muß eben so gestaltet sein, daß sie vom Publikum verstanden werden kann, und daß die Durchführung der Abgabe in der Praxis möglich ist. Geschicht das nicht so nützt weder der Aerger noch die Drohung. Der Referent hat auch auf die Notwendigkeit größter Sparsamkeit hingewiesen. Gewiß muß Sparsamkeit herrschen. Aber die Passivität, welche

Die Gemeindeverwaltung jetzt gegenüber wichtigen Bedürfnissen der Bevölkerung übt und zu üben gesonnen ist, ist auf die Dauer unerträglich. In erster Linie kommt es auf die produktiven Kräfte an. Wenn man die Strassen vollständig verfallen lässt, wenn man durch mangelhafte Reinigung den Verkehr erschwert oder unmöglich macht, wenn sich die Krankheitskeime ständig vermehren und dadurch die Jugend in der Stadt schweren Schaden an ihrer Gesundheit nimmt, wenn die Pflege der Kulturgüter von Kunst und Wissenschaft so vernachlässigt werden, daß die Tradition abreißt, dann wird es in der Zukunft sehr schwer sein, die Versäumnisse der Gegenwart auch nureinigermaßen nachzuholen. Wir müssen von den amtsführenden Regierern dieser Stadt fordern, daß sie in viel energischerem Masse, von einer blossen fiskalischen Politik übergehen zu einer aktiven Politik im Sinne der öffentlichen Wohlfahrt.

GR. Dr. Klimesch (Tscheche) bemerkt, daß die einzelnen Budgetposten nicht kritisieren wolle. Die Tschechen geben gerne zu, daß viele Budgetposten auf sozialistischer Grundlage aufgebaut sind, sie bedauern aber ebenso, daß die Mehrheit in der Praxis von dieser sozialistischen Grundlage abweicht. Die Tschechen müssen in dieser Hinsicht über sehr stiefmütterliche Behandlung Klage führen. Sie lassen sich nicht verdeutschen und wollen ihre Kinder vor der Germanisierung schützen. Der Redner wirft der Mehrheit vor, daß sie auf dem Parteitag schöne Worte der nationalen Gleichberechtigung finde, aber sonst an dem Strome der Germanisierung mitschwimme. Auf dem Gebiete des Schulwesens werden die Tschechen ganz in den Hintergrund gedrängt. Gerade in den letzten Tagen, als die Führer dieses Staates in der tschechoslovakischen Republik mit den Vertretern der dortigen Regierung höfliche Worte wechselten, und der Österreichischen Republik finanzielle Hilfe zugesagt worden ist, wurde ein Vertreter der tschechischen Regierung im Wiener Rathaus sehr unfreundlich behandelt. Das Frage nicht zur Verbesserung der Beziehungen bei. Die österreichischen Tschechen sind gerne gewillt an dem Aufbau dieser Stadt mitzuarbeiten, sie könnten die Brücke zwischen beiden Staaten sein, aber man muß ihren Wünschen in Wien wenigstens einigermaßen entgegenkommen. Sie werden für das Budget stimmen, aber fordern, daß die Mehrheit ihre hauptsächlichsten Wünsche erfüllt.

GR. Breuer (chr. soz.) erklärt, daß durch die Ausführungen des Referenten ein elegischer Zug gegangen sei. Heute ist der 19. Dezember, ein historisches Datum. Heute vor genau 32 Jahren hat das damals gefasste Landesgesetz betreffend die Vereinigung der Vororte mit der Großgemeinde Wien die Sanktion erhalten. Und welcher Unterschied besteht zwischen damals und heute? Das Kapital, von dem die heutige Mehrheit zehrt, ist von der christlichsozialen Partei unter Dr. Lueger geschaffen worden. Hugo Breitner vom Jahre 1921 ist ein sorgenbeugter Mann. Drei Jahre ist er mit seiner Partei an der Herrschaft und das Sprichwort „an den Früchten sollt ihr sie erkennen“ kann angewendet werden. Die Früchte befriedigen weder die Bevölkerung noch den Finanzreferenten selbst. Die Mehrheit hat auf ziemlich allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung versagt, alles ist anders gekommen als die Mehrheit vorausgesagt hat und aus dem hoffnungsfreudigen seinerzeitigen Referenten ist ein Mann geworden, der an Gewerbe, Industrie und Handel als seine letzte Hoffnung appelliert. Hiezu habe er aber keine allzugroße Berechtigung, da seine Partei nichts getan hat, auch nur einen von diesen Zweigen zu unterstützen. Im Gegenteil, die Gewerbetriebe wurden unter der Fuchtel der Steuerpresse gedrückt, ja es freut den Referenten sogar, daß wegen der Nichtentrichtung

der Luxuswarenabgabe Gewerbetreibende in den Arrest gesteckt werden. Was die Exzesse vom 1. Dezember anlangt so müsse Redner darauf verweisen, daß das Organ der Mehrheit die Verantwortung den unverantwortlichen Elementen zugewiesen habe. Vergebens habe er eine Äußerung in Wort oder Schrift geacht, die darauf hinweise, daß sich die Partei des Referenten bemüht hätte, diese Elemente von ihrem Tun abzuhalten. Die Mehrheit war ein stillschweigender Kompagnon der unverantwortlichen Elemente, auf die sie die ganze Schuld der traurigen Ereignisse wälzt.

GR. Ertner (Deutschnational) sagt, daß die ganze Budgetdebatte eigentlich überflüssig sei, da ja der Veranschlag im Klub der Mehrheit durchberaten und beschlossen wurde, und weil ja alles, was im Gemeinderat hiezu gesprochen wird, von der Mehrheit regiert werde. Wenn auch die Ziffern des Budgets imaginär seien, so handele es sich doch um die Wiederaufrichtung und den Aufbau der Stadt Wien und Oesterreich und von diesem Gesichtspunkte aus sei es Pflicht aller Parteien - und das möge auch vom Nationalrat gesagt sein, - für dieses zu stimmen. Redner beschäftigt sich mit einzelnen Gruppen des Budgets, den Unternehmungen, von denen man sagen könne, daß sie saniert sind, wobei doch zu wünschen wäre, daß sie nicht ihren Betriebsfond von den Großbanken ausgeliehen haben brauchten. Ein äußerst wehes Kapitel des Budgets sei die Wohnungsfürsorge, die gänzlich versage. Ebenso lasse die Strassenpflege vieles zu wünschen übrig. Es wäre auch Pflicht der Gemeinde gewesen, zur Erhaltung der Universität einen entsprechenden Betrag einzustellen. Am Schluß seiner Ausführungen entgegnet der Redner auf die Bemerkungen des GR. Klimesch wegen des deutschen Charakters der Stadt Wien und wegen der Hilfe, die von der Tschechoslovakei, Oesterreich werden soll.

GR. Härmann (Soz.-Dem) bezeichnet die Behauptung der christlichsozialen Redner, daß die Budgetrede des Referenten auf einen elegischen Ton bestimmt war, als unzutreffend. Im Gegenteil, es war ein Optimismus der Grundzug seiner Ausführungen, ein Optimismus, der zu der Hoffnung berechtigt, daß es der Tatkraft der jetzigen Verwaltung gelingen werde, die Stadt aus dem Tiefstand ihres wirtschaftlichen Elends herauszuarbeiten. Gegenüber der Behauptung des GR. Kleinböck, daß der Staat zu den Auslagen Wiens mit 8 Milliarden trägt, müsse darauf verwiesen werden, daß die Steuerkräfte Wiens sich nicht zugunsten der Stadt auswirken können, weil sie durch die Machtbefugnisse des Staates gar gehemmt sind. Deshalb ist es durchaus nicht so unverständlich, wenn der Staat zur Erhaltung der Gemeinde den, zu seinem 300 Milliardendefizit verhältnismäßig minimalen Beitrag von 8 Milliarden beisteuert. Die Sozialdemokraten haben bei ihrem Einzug in das Rathaus außer ihrem guten starken Willen auch die Eignung mitgebracht, die Stadt wirklich zu verwalten. Dieser Wechsel habe sich unter äußerst ungünstigen Auspizien vollzogen. In einer Zeit, wo ein völliges Chaos herrschte, mußten sich die Sozialdemokraten, von der Sturmflut der Revolution zur Macht gelangt, erst nach und nach in die Verwaltung einarbeiten, während die Christlichsozialen seinerzeit, als sie ans Ruder gelangten, jahrzehntelang Gelegenheit hatten, die Verwaltungstechnik zu studieren. Die Sozialdemokraten haben alle die großen Hindernisse die sich der Verwaltung einer Stadt in den Weg stellten, gemeistert. Und die Tatsache, daß wir dieses Gemeinwesen nach und nach aus schwerer Bedrängnis herausbrachten, ist ein sprechendes Zeugnis für die tüchtige Art, wie die Verwaltung jetzt geübt wird. Die Christlichsozialen haben am Anfang, als sie als Minderheit in diesen Saal einzogen, erklärt, daß sie sich auf das angenehme und geschmackhafte Brot der Opposition einrichten wollen. Wie sie das

taten, war allerdings ein sehr bequemer Weg. Während sie die sozialdemokratischen Anträge auf Regulierung der Gehalte und Löhne der städtischen Angestellten zu überbieten versuchen, haben sie zugleich der Bedeckung dieser neuen Kosten Widerstand entgegenge-
setzt. Der Notwendigkeit gehorchend, hat die sozialdemokratische Partei eine Steuerpolitik betreiben müssen, die von der Bevölkerung große Opfer heischt. Aber die Tendenz ihrer Steuerpolitik geht dahin, bei möglichst großer Schonung der arbeitenden und schaffenden Kreise die besitzenden Klassen zur Steuerleistung möglichst stark heranzuziehen. Wenn sich diese Tendenz nicht völlig auswirken kann, so liegt der Grund darin, daß sie eben ihre Grenzen findet, in den Machtbefugnissen des Staates. Nach und nach ist selbst dem Indifferentesten der Stadt klar geworden, daß im Gemeinderat die ehemalige Kapitalisten- und Hausherrenpolitik abgelöst wurde von der Politik des Proletariats. Dabei müssen wir immer Rücksicht nehmen auf gegebene Tatsachen, die es nicht zulassen, daß wir das sozialistische Programm voll und ganz erfüllen. Die Verwaltungsreform hat die Mitarbeit von Vertretern sämtlicher Parteien an der Verwaltung der Stadt ermöglicht. Den Sozialdemokraten ist die Demokratie eben nicht Maske, sie war immer ihr Grundsatz. Daneben haben sie auch ihre wirtschaftlichen Grundsätze veranlagt, mit allen im Bereiche der Möglichkeit liegenden Mitteln die städtischen Finanzen in Ordnung zu bringen und ihren normalen Gang zu verbürgen. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Mehrheit mit ihrer Steuerpolitik, Industrie, Handel und Gewerbe zu radikal angepackt hat, müsse man sagen, daß von diesen Schichten mehr erwartet werden kann, als von den arbeitenden Klassen.

GR. Dr. Follak (Jüdisch-national) bespricht finanzwirtschaftliche Angelegenheiten und erörtert eingehend die Frage ob Oesterreich lebensfähig ist oder nicht. Er kommt auch auf die Einstellung der Lebensmittelzuschüsse zu sprechen, von denen er meint, daß sie zu einem Kampf zwischen Industrie und Arbeiterschaft führen wird, dessen Ausgang aber für die Arbeitnehmer von Nachteil sein dürfte. Die Folge der Einstellung wird weiter das Ende der Exportmöglichkeit der österreichischen Industrie bedeuten.

GR. Kunschak (Christl-Soz). Es hat schon der Herr Finanzreferent darauf verwiesen, daß die Zahlen, die er uns heute im Voranschlag unterbreitet, die tatsächlichen Verhältnisse nicht erfassen. Daraus kann dem Herrn Referenten ein Vorwurf nicht gemacht werden, bei der Flüssigkeit, aller, insbesondere unserer valutari-
schen Verhältnisse. Es erübrigt sich daher auch eine weitere Ver-
behandlung dieser Ziffern. Ganz allgemein erlaube ich mir die Bemerkung, daß ich die Ueberzeugung habe, daß die Ziffern auch nicht die Verhältnisse an dem Tage, an welchen der Voranschlag aufgestellt wurde, wiedergeben, sondern sich in den Einnahme- und Ausgabe-
posten schon mit den damaligen Verhältnissen im Widerspruch befinden, daß das Ziffernmateriale zweifellos stark retuschiert worden ist, wie es den Bedürfnissen des Herrn Finanzreferenten entspricht. Wir könnten den Voranschlag als eine große Lüge bezeichnen der Öffentlichkeit gegenüber und uns selbst gegenüber. Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich eine Neuerung im öffentlichen Verwaltungs-
leben beurteilt, von der wir heute Kenntnis erlangt haben, und die darin besteht, daß es der Landtag von Niederösterreich überhaupt abgelehnt hat, ein Budget aufzustellen. Es ist das ein ganz neuer Vorgang, aber ich glaube er entspricht den gegebenen Verhältnissen an meisten.

Der Herr Kollege Brauer hat gemeint uns gegenüber zu dem Angriffe berechtigt zu sein, daß wir an den Exzessen vom 1. Dezember Schuld sind. Wir haben in der Presse und Versammlungen unsere Stellung gegenüber diesen bedauerlichen Vorfällen klar gelegt und erklärt, daß wir den Aufmarsch der Arbeiterschaft als naturnotwendige Folge der bestehenden Verhältnisse erachten. Wir haben darin eine Warnung erblickt für alle die es angeht, und für den Staat, daß er alles notwendige tue, was in dem Finanzplane der sozialdemokratischen Partei enthalten ist. Aber unter einem haben wir auf das schärfste

die an die Demonstrationen sich anschließenden Exzesse verurteilt. Das ist deswegen selbstverständlich, weil alle wissen, daß niemals, wenn die Arbeiterschaft in ihrer Organisation auf die Strasse geht, die Demonstrationen von derartigen Exzessen begleitet sind. Sie haben am allerwenigsten das Recht uns den Vorwurf für diese Exzesse zu machen. Der Herr Kollege Brauer möge sich erinnern an den Tag nach Ablauf der Versammlung auf Anlass des Protestes gegen die Gemeindesteuern hier im Rathause. Damals wurden auch Scheiben am Ring zerschlagen, und in Kaffeehäuser eingedrungen. Und vor nicht langer Zeit haben Demonstrationen unter Führung des Herrn Brauer vor der Börse stattgefunden. Es steht Ihnen nicht gut an uns diese Dinge in die Schuhe zu schieben. Der Herr Kollege Erntner hat uns nahegelegt, auf unsere Kollegen in der Nationalversammlung einzuwirken, sie mögen ihre passive Resistenz gegenüber der Steuerpolitik der christlichsozialen Partei aufzugeben. Die Sozialdemokraten haben abgesehen von der Beratung der Kongruengebühr nie ein solches Benehmen an den Tag gelegt. Sie haben sich als Opposition gemüht und geplagt mit der Abfassung eines Finanzplanes zur Rettung dieses Staates, haben also die Aufgabe zu erfüllen getrachtet, der sich die Christlichsozialen und Deutschnationalen hätten unterziehen sollen. Kollege Erntner hat auch der Gemeinde darüber Vorwürfe gemacht, daß sie durch den § 30 der Anforderungsverordnung die Möglichkeit geschaffen habe, daß reiche, fremde Leute um eine Bagatelle sich von der Anforderung ihrer Wohnung loskaufen können. Das ist nicht wahr. Es wurden Dutzende von Angeboten abgelehnt, und nur wenn es sich um Wohnungsteile handelt, deren Adaptierung für Wohnungen anderer Parteien nicht möglich ist oder bei denen die Kosten der Adaptierung zu hoch wären, wurde von diesem Paragraph ge-
braucht gemacht. Dreissig Privatpersonen haben bisher dem Betrag von 37 Millionen ihre überschüssigen Wohnungsteile loskaufen können. Da kann von einer Bagatelle nicht gesprochen werden. Auch Kollege Erntner warnte uns vor dem Wege, den Russland eingeschlagen hat. Wir werden diesen Weg nicht gehen, weil wir in Mitteleuropa sind und die Erkenntnis haben, daß wir keine sozialistische Insel in einem kapitalistischen Meere bleiben können. Wenn die anderen Völker so weit sein werden, in demselben Maße zum Sozialismus zu schreiten, wie wir, dann werden wir auch in Wien den Sozialismus aufrichten. Wenn wir das Budget, das heute hier vorliegt, vom politischen Standpunkte aus beurteilen, müssen wir den Ausführungen der Gegenpartei recht geben. Denn tatsächlich trennt uns eine grosse Kluft, eine Weltanschauung voneinander. Wir vertreten die sozialistische, Sie die kapitalistische. Sie sind die Kämpfer von gestern, wir von morgen, weil wir dort unser Ideal erblicken, das uns bewegt.

In dem Voranschlag gibt es nur eine Post, die wirklich sicher ist, die städtischen Unternehmungen. Da liegt eine Wertbestimmung vor, die zwar auch variabel ist, aber sicher nur im günstigen Sinne. Die städtischen Unternehmungen sind das Rückgrat der ganzen Gemeindeverwaltung geworden, ohne sie wäre die Verwaltung bereits zusammengebrochen. Sie sind auch die Quelle der Kreditfähigkeit der Gemeinde. Man könne ruhig behaupten, daß die seinerzeit inaugurierte christlichsoziale Gemeindepolitik in den städtischen Unternehmungen heute noch fortwirke, heute noch die Verwaltung der Gemeinde entscheidend beeinflusse, wo diese Verwaltung dem Einflusse der Christlichsozialen vollständig entrückt erscheint. Aber vermisst im Voranschlag eine ganze Reihe von Vergleichskriterien. Außerdem fehlen die Rechnungsabschlüsse der Jahre 1919/20 und 1920/21. Das zeige, daß im Verwaltungsapparat ein schweres Gebrechen bestehen müsse. Nach Informationen, die dem Redner zuteil geworden seien, soll die Ursache dieses Mangels darin zu suchen sein, daß durch die Verwaltungsreform des ganzen Buchhaltungsdienstes sich jetzt die Unmöglichkeit herausstellt, überhaupt zu einem Rechnungsabschluß zu kommen. Und es wurden uns doch seinerzeit Wunder der Einfachheit, Klarheit und insbesondere Präzision versprochen. Auf dem Gebiete des Ernährungswesens sei ein vollständiger Stillstand der Verwaltung wahrzunehmen. Die vielgerühmte Gruppeneinteilung zeige sonderbare Erscheinungen. Es geschähe wie in früherer Zeit, daß unmittelbar vor der Sitzung einer Verwaltungsgruppe der maßgebende Beamte dem Referenten einen Akt vorlegt, woraus dann der Referent eilig die Kenntnis der Materie schöpft. Der vielgepriesene Geist der Durchdringung bestehe darin, daß jetzt die acht ungekrönten Könige der Gemeinde, wie man die anteführenden Stadträte bezeichnen könne, um die Geheimnisse der Verwaltung wissen, während früher 30 Stadträte das Zentrum der Verwaltung gebildet haben. Diese acht Ungekrönten sind nicht nur Titular- sondern wirkliche Bürgermeister dieser Stadt. Für das Ernährungswesen habe man einen eigenen Ernährungsausschuß eingerichtet, aber die Ernährungspolitik vollständig aufgegeben. Die Marktberichte sind eine einzige Anklage gegen die herrschende Partei. Es wird immer darin berichtet, wie toll es auf den Märkten zugeht, wie eine schreckliche Anarchie auf dem Gebiete der Preisbildung herrsche. Von der Existenz einer Marktpolizei ist gar nichts mehr zu verspüren. Es macht jeder Händler und Unternehmer was er will, ganz unbekümmert um die Organe, welche berufen sind, in Vertretung der Gemeindeinteressen gegen solche Willkürakte einzuschreiten. Das Kapitel Marktwesen nahm früher in den Budgetdebatten einen breiten Raum ein. Heute hört man nur die Klagen der Bevölkerung, die aber im Gemeinderate kein Gehör finden. Für die Versorgung von Wien ist aber auch für eventuelle Fälle keine Vorsorge getroffen worden. Es wurden keine Kartoffeln herangebracht, die Eier sind auf den Märkten verschwunden. Noch im Jahre 1918, also schon zur Zeit des provisorischen Gemeinderates, wurde der Bevölkerung vor den Weihnachtsfeiertagen Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Zucker und Kaffee abgegeben. Heute kann für die Bevölkerung gar nichts getan werden. Jetzt allerdings verurteilt die sozialdemokratische Partei auch die Gewährung der Lebensmittelzuschüsse und damit auch die Lebensmittelpolitik im Rathaus. Der Bürgermeister hat den Versuch des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse mit einem starren Nein beantwortet und erklärt, die Anordnungen des Ernährungsministers nicht zu befolgen. Das bedeutet Pflichtverletzung und ist geeignet die Vornahme einer Herabsetzung überhaupt zu vereiteln. Die Mitwirkung der Sozialdemokraten an dem Abbau der Zuschüsse ist ein Beweis dafür, daß gegen die Vernunft auf die Dauer nicht regiert werden kann. Es ist bezüglich des Wohnungsproblems und wiederholt vorgeworfen worden, dass die christlichsoziale Partei an den heutigen Zuständen schuldtragend

sei. Sie hätte Wohnungen bauen sollen. Dem gegenüber will ich nur feststellen, daß die christlichsoziale Partei in den Jahren von 1900 aufwärts wiederholt Wohnungsbauten vorgenommen hat und dass wir im Jahre 1913 mit den Wohnungsbauten so weit waren, dass die für städtische Bedienstete in erster Linie bestimmten Bauten von den städtischen Bediensteten nicht mehr voll in Anspruch genommen wurden. Wir konnten also am Ende unserer Bautätigkeit feststellen, daß wir einen Ueberfluss an Wohnungen geschaffen haben. Dass die Dinge jetzt anders liegen dafür haben wir die Verantwortung nicht zu übernehmen. Was heute von Ihnen als Erfolg auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge aufgezeigt wird, ist nichts anderes als die Fortsetzung der Projekte, die von der christlichsozialen Partei in Angriff genommen wurden. Sie sagen, dass Ihnen zu Wohnungsbauten die Mittel fehlen. Ich gebe zu, daß die große Geldmittel erforderlich sind, aber Sie haben die Mietaufwandsteuer eingeführt, die Milliarden-Ertragnis hat, und von dieser Steuer geben sie ganze 50 Millionen für Zwecke der gemeinnützigen Bautätigkeit her, wobei ein Teil noch von der Gemeinde ihre eigenen Bauten konsumiert wird. Ein Vorgang, den ich für in Widerspruch mit der Widmung dieser Steuer bezeichne. Sie haben ein System aufgestellt, dass Leuten, die zu zahlen vermögen, unbegrenzten Wohnungsluxus bietet. Es braucht nur jemand einen bestimmten Betrag zu leisten und er wird exterritorial. Das Gesetz betreffend die Wohnungsfürsorge und Wohnungsluxus findet auf ihn keine Anwendung. Ich muß sagen, Sie haben es den Schiefern und reichen Leuten sehr leicht gemacht. Es soll im Gemeinderate festgestellt werden, was mit diesem Gelde geschieht. Ich verrate kein Geheimnis und Sie werden besser darüber unterrichtet sein, daß die 50 Millionen längst verausgabt sind, daß aber eine Unmenge von Siedlungsgenossenschaften vorliegen, die nicht erledigt werden können, weil kein Geld da ist. Geben Sie das Geld heraus und führen Sie es dem Wohnungswesen endlich zu. Wenn ich über die Frage des Mieterschutzes spreche, setze ich mich auch heute wieder der Verdächtigung aus, ein Anwalt der Hausbesitzer genannt zu werden, wobei ich sage, daß ich den Hausherrn weder zu Liebe noch zu Leide zu sprechen eine Veranlassung habe. Schon deswegen nicht, weil sich leider Gottes in Wien auf dem Gebiete des Hausbesitzes eine Wandlung vollzieht, die für jeden wirklichen Wiener eine bedauerliche Erscheinung ist. Der konservative Hausbesitz schwindet immer mehr und mehr. Und die Häuser gelangen in die Hände von Schiefern und unter diesen von Ausländern und unter diesen wieder zumeist von Juden. Mir liegt also gar kein besonderer Grund vor mich wegen der Hausbesitzer besonders zu reifern. Aber es muß doch endlich auch wieder auf dem Gebiete des Ausbaues des Mieterschutzes die Demagogie ihr Ende finden und das ist es, wenn Sie der Bevölkerung einreden wollen, daß Sie in der Lage sind, die Mietzinse, wie sie im Frieden waren, versteinern zu können. Sie haben allerdings selbst zugegeben, daß daraus der Verfall der Wiener Häuser entspringt. Sie haben eine neue Idee ausgeheckt, den Gedanken der Uebernahme der Häuserreparaturen in die öffentliche Verwaltung und Ausschreibung einer eigenen Zwecksteuergebühr. Man glaubt auf diesen Wege komme man zur Sozialisierung der Häuser. Täuschen Sie sich nicht. Der Sozialisierungsgedanke hat in Deutschland Schiffbruch gelitten und hat in Russland zu der furchtbaren Katastrophe geführt, die viele Millionen Menschen mit dem Leben bezahlen und wird sich in dem armen kleinen Oesterreich nicht durchsetzen, weil die bedauerliche Tatsache konstatiert werden muß, daß der Glaube, der Weltkrieg hätte die Fundamente des Kapitalismus erschüttert, sich als trügerisch erwiesen hat. Und der Kapitalismus in Amerika, England, und Frankreich stärker geworden ist als früher. Ein Staat, der mit jedem Bissen Brot, mit jedem Gissen Fett und Fleisch abhängig ist von dem westlichen Kapitalismus, der will glauben, daß er mit dem Sozialismus durchdringen könne? Lächerliches Beginnen. Lächerlich und verbrecherisch zugleich.

Das Ergebnis der Bilanz des städtischen Hausbesitzes ist ein Abgang von 11 Millionen Kronen. Die Gemeinde Wien kann sich das leisten, weil sie auf der andern Seite Mietaufwandsteuer einhebt. Aber dieser Abgang spiegelt die Tatsache wider, daß der Hausbesitz vollständig passiv ist. Aus diesem Grunde müssen Sie auch einer Reform des Mieterschutzgesetzes zustimmen. Daß das nicht abgehen wird ohne Erhöhung der Mietzinse, ist wahr. Allein, was heute in Wien an Mietzins bezahlt wird, ist eine lächerlich geringe Summe, wenn man bedenkt, daß beispielsweise für ein Quartal soviel Zins bezahlt wird, als ein Viertel Wein kostet, für eine Arbeiterwohnung weniger als ein Laib Brot kostet. Das ist ein Zustand, der nicht aufrechterhalten werden kann und darf, sollen sich nicht daraus die schwersten Schädigungen derer ergeben, die die vermeintliche Wohltat des billigen Wohnens haben.

Die Not unseres Volkes äußert sich auch im Kulturproblem. Nicht in Wien allein stogen wir auf einen Verfall des Kulturlebens, sondern auch in ganz Mitteleuropa. Was tut aber die Gemeinde Wien für das Kulturleben? Im ganzen Voranschlag finden wir leider keine Anzeichen, die in dieser Beziehung die Hoffnung auf ein Besserwerden auslösen könnten. Der Kulturfortschritt unserer Stadt ist ganz gewaltig im Niederbruch begriffen. Wer mit offenen Augen durch Wien geht wird wahrnehmen, wie das äußere Bild der Stadt sich traurig verändert. Wie steht es um die Erhaltung des Stephansturms? Jammervoll! Als Beitrag ist im Budget ein geringer Betrag ausgewiesen, man habe dafür nicht mehr übrig als den Wochenlohn von zwei Steinmetzgehilfen. Wien hat aber auch noch andere Baudenkmäler außer Kirchen. Und wir sehen ihren Verfall. Es war der schönste Widerschein der echt wienerischen Gesinnung Luegers, daß er eine so ungeheure Vorliebe für die Natur hegte und sich/ ^{zur} Lebensaufgabe stellte, die Natur in den Bann der Großstadt zu ziehen. Glauben Sie die vielen herrlichen Anlagen sind geschaffen worden als Paradestücke für Fremde oder nur Erholungstätten für Einheimische? Was Lueger wollte war, den Schönheitssinn der Bevölkerung zu fassen und jede gepflegte Anlage, jedes Stückchen gepflegter Wald ist ein Stückchen Kulturarbeit. Ich mache der herrschenden Partei keinen Vorwurf aus der Verwüstung des Wienerwaldes. Aber was ist geschehen, um die angerichteten Schäden zu beheben? Gar nichts! Wie schaut es mit unsern Parkanlagen aus? Und die Marktplätze? Aus Pietät könnte man glauben, würde wenigstens der Viktor Adlerplatz in entsprechendem Zustand erhalten. Aber auch dies trifft nicht zu.

Die Reform der Schule sollte im Handumdrehen gemacht werden. Das Schulwesen ist aber heute völlig desorganisiert. Solange das Reichsvolksschulgesetz besteht hat sich auch die Wiener Gemeindeverwaltung daran zu halten. Dieses setzt als obersten Zweck die sittlich religiöse Erziehung der Kinder. Die Schule ist nicht nur Erziehungsanstalt in der Religionsstunde, sondern auch von dem Momente an, wo das Kind die Schule betritt, bis zu dem Momente wo es

aus der Schule tritt. Die Mehrheit sabotiere den Religionsunterricht in der Schule. Sie ist auch daran, das Schulgebet abzuschaffen. Auch das ist eine Handlung gegen das Gesetz. Es hat in Wien schon einen Bürgermeister gegeben, der das Kreuzifix aus der Schule bannen wollte. Aber nach einigen Monaten lag er mit seiner Partei draußen. Wenn die Mehrheit den Kulturkampf wolle, die Partei des Redners werde ihn führen unter Einhaltung der Gesetze, aber nicht zwischen den Kindern. Die Schulreform wurde angefangen mit der Parole „unentgeltliche Lehrmittel für Alle“, „in der Schule soll es keine sozialen Unterschiede geben“, und nun sind wir so weit gekommen, daß der größte Teil der Kinder überhaupt keine Lehrmittel hat, weder eigene noch solche von der Gemeinde.

Redner spricht sich noch gegen die Zentralisierung des Turnunterrichtes aus, den er als gesundheitsschädlich bezeichnet.

Zur Verwaltung der Mehrheit, erklärt Redner, könne seine Partei kein Vertrauen haben und wird daher gegen die Bezüge des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte, als den Repräsentanten der sozialdemokratischen Herrschaft, stimmen

Redner erklärt, daß seine Partei für das Budget stimmen werde, weil dieses nicht einer Partei, sondern der Gemeinde bewilligt wird. Mag es noch so schlecht und anfechtbar sein, so ist es doch die Grundlage der ganzen Verwaltung. Es soll dadurch auch gezeigt werden, daß in der Gemeinde die Absicht zu ehrlicher Arbeit vorhanden ist und daß die christlichsozialen Gemeinderäte ihre Mandate erfüllen wollen. Es gibt ein höchstes Interesse und das ist die Arbeit in Liebe und Treue für diese Stadt und ihr bedauernswertes Volk. (Lebhafter Beifall)

GR. Dr. Plasschke (jud.-nat.) erklärt, dass seine Partei bedingungslos für dieses Budget stimmen werde, um der Meinung Ausdruck zu geben, daß dieses Gemeindebudget mit seinem ^{Defizit} ~~Defizit~~ von 7 1/2 Milliarden noch immer eine Leistung sei, die eine besondere Eignung derjenigen Voraussetze, die mit der Führung der Geschäfte dieser Stadt betraut sind. Im weiteren Verlaufe seiner Rede beschäftigt sich der Redner mit der Frage des Heimstretches. Er führt Klage darüber, daß die Juden benachteiligt werden und fordert den amtsführenden Stadtrat Richter auf bei seinen Entscheidungen nicht ausschließlich auf die polizeilichen Relationen zu hören. Weiter beschwert sich Redner über die Haltung der Sozialdemokraten in der Frage des Schulaufsichtsgesetzes und erklärt, daß die Juden darauf dringen werden, daß ihnen auf Grund des ~~Sankt~~ ~~Saint~~ ~~Germainer~~ Friedensvertrages die Errichtung einer eigenen Schule gewährleistet werde. Zum Schlusse spricht sich der Redner energisch gegen eine Abänderung des Mieterschutzgesetzes aus. Die Jüdischnationalen fordern nichts als Gerechtigkeit und verwahren sich dagegen, daß ihre Stammesangehörigen als Staatsbürger II. Klasse betrachtet werden.

Str. Breitner führt in seinem Schlusswort aus, der Hinweis auf die Russifizierung des Geldwesens habe eine gewisse Anregung hervorge-

rufen und der Debatte den Unterton gegeben. Es war den Rednern der christlichsozialen Minderheit die Feststellung sehr unangenehm, daß auch unter einer sehr gut bürgerlichen Regierung, wie wir sie derzeit in Oesterreich haben, sich die ganzgleichen Verhältnisse herausbilden können, wie sie sich in Russland ergeben haben. Dr. Kienböck habe davor gewarnt solche Gewaltmassnahmen, wie die Anforderungen von Gold und fremden Zahlungsmitteln, die angeblich russische Methoden sind, in Betracht zu ziehen. Aber ein Mann, der mit Lenin und Trützky so wenig Ähnlichkeit hat und den man ebenso wenig den Vorwurf des Bolschewismus machen könne, habe in einer Zeit, die der unsrigen an Schwierigkeiten ausserordentlich ähnlich ist, das Gold der Klöster für den Staat beschlagnahmt. Es war die Kaiser Franz.

Gemeinderat Kunschak habe es als einen schweren Fehler hingestellt, daß die Gemeinde sich nicht damit befasse, Lebensmittel einzukaufen, um sie der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Das sei das Einbekenntnis des vollen Versagens des ^{freien} ~~freien~~ Handels, der als unfehlbares Heilmittel gepriesen worden sei. Wenn der Führer der christlichsozialen Partei den Abbau der Lebensmittelzuschüsse als große Errungenschaft pries, so müsse bei diesem Anlass neuerlich festgestellt werden, dass eben dieselbe christlichsoziale Partei im Gemeinderate es gewesen sei, die von der Stadtverwaltung forderte, daß sie die Strassenbahnfahrt den Gas- und Stromkonsum künstlich verbillige und dadurch gewaltige Schulden anhäufe, nur um diese Leistungen unter dem Selbstkostenpreis der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Wohin die Stadt Wien gekommen wäre, wenn sie diesem Verlangen nachgegeben hätte, beweist das Schicksal des Bundes, der samt seiner Notenpresse in einem sehr ungünstigen Zeitpunkt mit den Zuschüssen ein Ende machen muss. Was den Appell des GR Kunschak anlangt, das Mieterschutzgesetz zu lockern, so verkenne die verwaltende Mehrheit gewiss nicht die Notwendigkeit, in irgendeiner Form Vorsorge zu treffen, daß die Häuser vor dem Verfall bewahrt bleiben und auch die Schaffung von neuen Wohnmöglichkeiten zu sichern, da unter den derzeitigen Verhältnissen natürlich eine private Bautätigkeit nicht zu erwarten ist.

Es wurde in diesem Zusammenhang Kritik daran geübt, dass die vorjährige Widmung für den Siedlungsfond von 50 Millionen Kronen nicht den geänderten Geldwertverhältnissen entsprechend erhöht werde. Dem gegenüber kündigt der Finanzreferent die Einführung einer Wohnbausteuer an, bei der die Gemeinde in einem ausserordentlichen Maße mitzuwirken bereit sei. Die Arbeiter und Angestellten sind gewillt, für neue Wohnbauten Opfer zu bringen, nicht aber zu dem Zwecke, dass die Einnahmen der Hausherrn eine Erhöhung erfahren. Es wurde Kritik daran geübt, dass gewisse große Wohnungen nicht angefordert werden, sondern von den Inhabern für überzählige Wohnräume Ablöse verlangt wird. Dies geschieht ausschliesslich in je-

nen Fällen, ~~wazu~~ in denen eine räumliche Trennung dieser großen Objekte entweder gar nicht oder nur mit sehr erheblichen Kosten möglich wäre, wobei von den ~~Kommunal~~ Äquivalentkommissionen, in denen gleichfalls die christlichsoziale Partei vertreten ist, solche Summen verlangt werden, daß damit eben entsprechende Wohnungen an anderer Stelle geschaffen werden können. Es wird die Veröffentlichung dieser Ablösungen erfolgen.

Der Vorwurf, daß die Majorität Kulturgütern ~~Wiens~~ gleichgültig gegenüber stehe, sei vollkommen ungerechtfertigt. Unter der christlichsozialen Herrschaft konnten weder der Volksbildungsverein noch das Volksheim noch die Zentralbibliothek ~~ir~~ eine Unterstützung erlangen, während ihnen jetzt, trotz aller Finanznot Hunderttausende zugewendet werden. Durch die Veranstaltung der Musikfestwoche wurde gleichfalls der Beweis erbracht, wie sehr die Gemeindeverwaltung die Kulturgüter insbesondere für den Wiederaufbau Wiens einschätzt. Allerdings müsse, wenn die Wahl so stehe, ob irgendein Friedhofportal oder selbst ein sehr wertvolles Wahrzeichen Wiens, um dessen Erhaltung der Majorität ebensoviel gelegen ist als der Minorität, renoviert werde, oder die Humanitätsanstalten die notwendige Vergrößerung erfahren, zunächst selbst ein Kunstwerk zurückstehen. Es sei keineswegs eine Mißachtung dieser in jeder Beziehung wertvollen Schätze, sondern lediglich ein weiterer Ausdruck unserer Not.

Finanzreferent schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: Es hat GR. Kunschak namens der christlichsozialen Partei erklärt, daß sie bis auf den Gehalt für den Bürgermeister und die Stadträte für das Budget stimmen werden, vorbehaltlos ist dies seitens der Vertreter der Deutschnationalen, Tschechen und Jüdischnationalen geschehen. Trotz mancher scharfen Kritik und abfälligen Äußerung werde also doch der Voranschlag als ein solcher anerkannt, wie er eben unter den heutigen Verhältnissen anders nicht gestaltet werden kann. Die Tatsache, daß schliesslich doch alle Parteien des Wiener Gemeinderates sich auf den Boden sachlicher Arbeit zusammen finden, ist ein weiterer Lichtblick in diesen trüben Tagen und berechtigt uns zu der Hoffnung, daß wir auch diese schwere Not siegreich überwinden werden.

Bei der Abstimmung wird das Kapitel Finanzwesen (Gruppe II) einstimmig angenommen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.